

Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.03.2023

Projekt „Wohnen für Hilfe“

Seit einigen Jahren gibt es in Leverkusen das Projekt „Wohnen für Hilfe“, das von der AWO Leverkusen organisiert wird.

Hintergrund des Projektes ist u.a., dass zahlreiche ältere Menschen in Leverkusen allein in geräumigen Wohnungen oder Häusern leben. Die alltäglichen Aufgaben werden zunehmend beschwerlicher. Oft besteht der Wunsch nach Gesellschaft und Gesprächen. Dennoch möchten sie ihre vertraute Umgebung und vor allem die Selbstständigkeit nicht aufgeben. Durch das Bereitstellen von Wohnraum kann eine Wohnpartnerschaft durch kleine Hilfen im Alltag die Selbstständigkeit erhalten und den Wunsch nach Gesellschaft erfüllen.

Mit der Inbetriebnahme des neuen Campus Leverkusen der TH Köln auf dem Gelände des ehemaligen Bahn-Ausbesserungswerkes in Opladen gewinnt das Projekt nochmals an Bedeutung. Denn es ist davon auszugehen, dass es viele Studierende gibt, die ein soziales Interesse an einer solchen Partnerschaft haben oder aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage und der Wohnraumsituation in Leverkusen und Umgebung nach preiswertem Wohnraum suchen. Für sie ist das Projekt eine spannende Möglichkeit, denn sie müssen keine bzw. kaum Miete zahlen.

Wir bitten Sie vor diesem Hintergrund freundlichst um die Beantwortung folgender Fragen über z.d.A.: Rat:

1.
Inwiefern steht die Verwaltung bezüglich des Projekts „Wohnen für Hilfe“ mit der AWO Leverkusen in Kontakt?
2.
Wie viele Wohngemeinschaften konnten durch das Projekt bislang gegründet werden?
3.
Aus welchen Gründen sind vermittelte Wohngemeinschaften nicht realisiert worden?
4.
Welche Rückmeldungen von Teilnehmern und Teilnehmerinnen des Projekts gibt es?
5.
Inwiefern macht die Verwaltung die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt auf das Projekt aufmerksam?
6.
Inwiefern steht die Verwaltung im Kontakt zu den Universitäten und Ausbildungsstätten in der Umgebung, um auf das Projekt aufmerksam zu machen?

Stellungnahme:

Das Konzept „Wohnen für Hilfe“ ist eine Alternative für Studierende, die sich keine eigene Wohnung oder ein Wohngemeinschaft-Zimmer leisten oder finden können. Es bietet Studierenden die Möglichkeit, in einen Haushalt einzuziehen und als Gegenleistung für eine verminderte Miete Arbeiten im Alltag abzuleisten. Im Jahr 2018 wurde in Leverkusen – in Anlehnung an das Projekt der Stadt Köln – mit der Arbeiterwohlfahrt (AWO) das Projekt „Wohnen für Hilfe“ gestartet. Von 2019 bis 2023 wurde das Projekt als Teil des Wirkungspakets zur wirkungsorientierten Steuerung der offenen Seniorenarbeit finanziert.

Bei Projektstart wurden zunächst die Rahmenbedingungen für Wohnpartnerschaften (z.B. Wohnraumüberlassungsvertrag, Hausordnung u.a.) festgelegt und eine breite Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Hierzu wurde seitens der AWO eine Homepage erstellt, auf welche Interessierte mit Hilfe von Fragen und FAQ's erfahren konnten, ob das Projekt infrage kommt. Begleitend wurde ein Flyer an die Zielgruppen an differenzierten Orten in Leverkusen verteilt, durch diverse Vorträge in Seniorenclubs, Begegnungsstätten, Kirchengemeinden etc. unterstützt und Kontakt zu Schulen, Universitäten und großen Arbeitgebenden in Leverkusen aufgenommen. Auch in der örtlichen Presse war das Projekt mehrfach präsent.

Im Berichtszeitraum konnten - trotz der Werbeaktivitäten nur sechs umsetzbare Anfragen von Wohnraumgebenden und 25 Anfragen von Wohnraumsuchenden erfasst werden. Insgesamt wurden durch das Projekt vier Wohnraumpartnerschaften geschlossen und von der AWO begleitet. Nach vier Jahren Durchführungszeitraum entschloss sich die AWO, das Projekt im Rahmen der neuen Wirkungspakete der Offenen Seniorenhilfe 2024-2028 nicht mehr anzubieten.

Folgende Gründe sind hierzu relevant:

- Senior*innen möchten gerne junge Frauen als Mieterin haben, da sie hier größere Fähigkeiten und Bereitschaft im hauswirtschaftlichen Bereich vermuten.
- Weibliche Wohnraumsuchende akzeptieren lediglich weibliche Wohnraumanbieterinnen.
- Wohnraumanbieter*innen haben hohe Erwartungen, so zeigt sich im Verlauf der Gespräche meist, dass sowohl vom zeitlichen als auch vom inhaltlichen (Art der Hilfen) Aufwand ein höheres Maß erwartet wird als zu Beginn benannt.
- Wohnraumsuchende sind meist nicht bereit, mehr als die in der sogenannten Regel (pro Quadratmeter Wohnfläche eine Stunde Hilfe im Monat) benannten „Arbeitsstunden“ zu leisten.
- Das Misstrauen und Vorurteile von Senior*innen gegenüber jungen Menschen ist relativ groß. Oft werden junge Menschen mit Migrationshintergrund direkt abgelehnt.
- Die wohnlichen Gegebenheiten machen ein Zusammenleben mit Rückzugsmöglichkeiten schwierig (z.B. ist nur ein Bad und eine Küche vorhanden).

Ähnliche Herausforderungen und Hemmnisse zeigen sich auch bei Projekten in anderen Kommunen, so wurden z.B. in Köln im Jahr 2022 insgesamt 132 Vermittlungen initiiert, die zu 55 Wohnpartnerschaften (WPs) führten. Im Landkreis

München wurden zwischen 2019 und Juni 2021 ebenfalls nur 23 Wohnpartnerschaften geschlossen. Es zeigt sich deutlich, dass Projekte in äußerst angespannteren Wohnungsmärkten, z.B. Freiburg oder München (Stadt), und einem hohen Wohndruck für die Studierenden erfolgreicher agieren.

Hinzu kommt, dass Köln Wohnraumanbietende auch aus den angrenzenden Städten (Bergisch Gladbach, Frechen und Brühl) berücksichtigt, sofern die Anbindung des öffentlichen Personennahverkehrs zur Universität geeignet war. Bislang wurden Leverkusener Interessierte - aufgrund des eigenen Programms - nicht berücksichtigt. Ein alternatives Modell betreibt hingegen die Stadt Münster, welche in Zusammenarbeit mit einem Seniorentreff in einer ausschließlich ehrenamtlichen Struktur „Wohnen für Hilfe“ ermöglicht.

Aufgrund begrenzter Ressourcen und fehlender Akzeptanz bzw. Resonanz der Zielgruppen ist eine Weiterführung des Projektes nicht zweckmäßig. Die Verwaltung wird in Gesprächen mit den Trägern abschließend anregen, ob eine Aktivierung in ehrenamtlicher Arbeit möglich ist.

Dezernat für Bürger, Umwelt und Soziales

13.03.2024